

Ende des Kassenzettels unter 35 Euro: Was bringt es der Wirtschaft?

Konjunktur. Die Wirtschaft braucht Anreize, um wieder anzukommen, und fordert Entlastung von der Politik. Kleineren Unternehmen soll die Abschaffung der Belegpflicht helfen. Doch was bringt das wirklich?



Künftig werden Kellner nicht mehr alle Rechnungen ausdrucken müssen. Getty Images

VON MELANIE KLUG

Wien. Die heimische Wirtschaft braucht dringend Impulse. Das wurde Anfang dieser Woche erneut bestätigt. Denn Österreich werde in der Europäischen Union (EU) heuer das einzige Land mit einer schrumpfenden Wirtschaft sein, lautet eine Prognose der EU-Kommission.

Dass es die Wirtschaft gerade schwer hat, ist der Bundesregierung grundsätzlich bekannt. Sie verspricht Erleichterung. Kleine und mittlere Unternehmen soll das sogenannte Mittelstandspaket entlasten, das Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP) im März präsentiert hat. Eine Maßnahme von diesem Paket:

der Wegfall der Belegpflicht unter 35 Euro. Aus Sicht des Ministeriums soll das die „bürokratische Belastung und Mehrkosten reduzieren“. Doch wie wird das in der Praxis umgesetzt werden? Und was haben die Unternehmen davon konkret?

Im Gespräch sei so eine Regelung schon länger, sagt Markus Knasmüller. Er leitet den Arbeitskreis Kassensoftware in der Wirtschaftskammer und ist in die aktuelle Ausarbeitung der Belegabschaffung mit dem Wirtschaftsministerium eingebunden. Vor fast zehn Jahren war der Geschäftsführer der oberösterreichischen Softwarefirma BMD, die Business-Software für Buchhalter und Steuerberater anbietet, auch maßgeblich bei der Einführung der Registrierkasse involviert.

Digitaler Beleg statt Zettel aus Papier

Konkret soll es bald so sein, dass den Kunden in beispielsweise der Bäckerei, im Blumenladen oder in der Trafik kein Beleg mehr ausgedruckt werden muss, wenn um weniger als 35 Euro eingekauft wird. „Es hat überall dort Sinn, wo es schnell gehen muss“, sagt Knasmüller. Boniert, also im Kassensystem erfasst, muss der Einkauf aber weiterhin werden.

Ein großes Schlupfloch für kriminelle Tätigkeiten werde diese Regelung nicht bringen, so Knasmüller, der auch immer wieder bei Betrugsfällen als Gutachter am Gericht tätig ist. „Als Alternative soll ein digitaler Beleg eingeführt werden“, so das Wirtschaftsministerium zur „Presse“. Wer nach der Abschaffung der Belegpflicht für kleinere Summen aber weiterhin einen physischen Beleg haben möchte, werde

ihn auf Verlangen auch weiter bekommen, heißt es. Es klingt wie eine kleine Maßnahme - und die ist es auch. Für die kleinen Unternehmen fällt eine Unannehmlichkeit weg, für größere Unternehmen ist das eher irrelevant. Dennoch sei jede Erleichterung begrüßenswert, sagt Knasmüller. Selbst ein Wegfall der Belegpflicht für Einkäufe unter zehn Euro „wäre schon eine Erleichterung“.

Aufschwung kommt durch Export

Wie hoch der Anteil aller Belege unter 35 Euro ist, ist nicht erfasst, der Experte schätzt aber, dass es ein sehr großer Teil ist. Dennoch: „Ein großer Effekt im Sinne einer Konjunkturmaßnahme ist es mit Sicherheit nicht“, sagt Wifo-Ökonom Werner Hölzl zur „Presse“. Dafür brauchte es eine Entbürokratisierung bei größeren Themen - etwa der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, betonen Wirtschaftsforscher von Wifo und IHS regelmäßig. Zudem werde der nächste Konjunkturaufschwung „eher von der Exportwirtschaft kommen“, ist sich Hölzl sicher.

Das genaue Datum für das Ende des ausgedruckten Belegs für kleinere Beträge ist noch offen. Ziel sei es aber, die Ausdrucksspflicht „so schnell wie möglich abzuschaffen“, so das Ministerium. Werden weniger Belege gedruckt, ist das auch ein Beitrag für die Umwelt. Denn die meisten Belege werden nach wie vor auf Thermopapier gedruckt, die wegen ihres BPA-Gehalts in den Restmüll gehören. „Überquellende Mülleimer mit Rechnungen an Eisständen im Sommer gehören dann mit der Abschaffung der Vergangenheit an“, so Knasmüller.